

Berlin, den 16. Dezember 2002

Beschluss des Bundesvorstandes am 16. Dezember 2002

**Kommission „Bürgerpartei“**

Klare Ziele, neue Wege

Der Bundesvorstand setzt zur Verbesserung der politischen Arbeit der CDU Deutschlands eine Kommission „Bürgerpartei“ unter Leitung des Generalsekretärs ein.

Auf dem Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erleben wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen rasanten Wandel unserer Gesellschaft. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch an der Art und Weise, wie Menschen heute bereit sind, Bindungen dauerhaft einzugehen; es zeigt sich gleichermaßen an den sich gegenüber früher veränderten Kommunikationsmöglichkeiten.

Alle Organisationen, auch die politischen Parteien, stehen vor der Herausforderung, aus diesen Veränderungen Schlüsse für ihre eigene Arbeit zu ziehen. Die CDU tut dies auf der Grundlage ihres Menschenbildes und ihrer wertgebundenen Grundsätze. - Unser Ziel ist es, Brücken des Dialoges in alle Gruppen der Gesellschaft hinein zu bauen, um eine gültige Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus formulieren zu können.

Der Bundesvorstand erwartet von der Kommission einen Bericht, der in einem umfassenden, über Satzungsfragen hinausgehenden Ansatz die vielschichtigen Dimensionen politischer Arbeit untersucht und Wege und Strategien zur Optimierung beschreibt. Beispielhaft weist der Bundesvorstand auf folgende Fragestellungen hin:

(1) Alle Großorganisationen - ausgenommen der Sport - leiden unter Mitgliederschwund. Die Bereitschaft sich zu binden, nimmt ab. Das ehrenamtliche Engagement in vielen Bereichen ist nach wie vor groß. Das parteipolitische Engagement allerdings geht zurück. Wie kann die CDU das politische Engagement befördern, wie kann eine Mitgliedschaft in der CDU in neuer Weise wieder attraktiv gemacht werden? Welche Möglichkeiten gibt es, die Rechte der Mitglieder in der CDU zu stärken? In welchen Feldern kann die CDU engagementbereiten Bürgern über die Mitgliedschaft hinaus Handlungsmöglichkeiten anbieten? Wie kann sie an politischen Themen interessierten Mitgliedern und Anhängern ein besseres Forum bieten? Wie kann sich die CDU wieder stärker im vorpolitischen Raum verwurzeln?

(2) Die Mitgliedschaft der CDU altert; es steht zunehmend weniger politischer Nachwuchs bereit. Welche Möglichkeiten hat die CDU, gezielt junge Menschen für sich zu gewinnen und in politische Verantwortung zu bringen? Wie kann Politik auch für Quereinsteiger attraktiv gemacht werden? Wie kann auch die derzeit in vielen Bereichen fehlende mittlere Generation für die CDU gewonnen werden? Wie können die Mitglieder argumentativ gestärkt und weitergebildet werden? Mit welchen Zielen und Instrumenten folgt die CDU dem auch in anderen Bereichen üblichen Trend zur Professionalisierung? Wie gelingt dabei die Verzahnung gut geschulter Hauptamtlicher mit den ehrenamtlich Tätigen?

(3) Die Individualisierung von Lebensstilen und Interessen nimmt zu. Die Bürger erwarten immer häufiger, dass politische Parteien individuelle Wünsche und Vorstellungen möglichst punktgenau bedienen. Wie kann sich die CDU weiterentwickeln zum offenen Dienstleister auch für individuelle Anfragen? Wie können in der Wirtschaft übliche Methoden des Kundenbeziehungs-Managements auf die politische Arbeit übertragen werden? Muss die CDU auf die zunehmende Zahl von Menschen, die nicht mehr über eine traditionelle Biographie verfügen, auf eine andere Art zugehen? Müssen Rückschlüsse aus veränderten Lebensverhältnissen und dem gewandelten Lebensgefühl gezogen werden, wie es vor allem in Großstädten zu beobachten ist?

(4) Die Organisationskraft der CDU in den neuen Ländern ist zu verbessern. Eine regionalspezifische Ursachenanalyse sowie entsprechende Verbesserungsvorschläge sind zu erarbeiten.

(5) Der Bundesvorstand erwartet auch Vorschläge zu der Frage, wie in Deutschland - oft auf Lebenszeit - lebende Ausländer stärker als bisher in die Arbeit der CDU einbezogen werden können.

(6) Die Bedingungen für die politische Kommunikation haben sich tiefgreifend verändert. Das Internet liefert nur ein Beispiel dafür, dass das Kommunikationsverhalten der Menschen vielfältiger, differenzierter und interessenorientierter geworden ist. Welche Konsequenzen müssen aus dieser Entwicklung im Hinblick auf Transparenz, Teilhabe und Mitentscheidung gezogen werden? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich, um Mitglieder und Nichtmitglieder in Kommunikations- und Entscheidungsprozesse einzubinden? Wie kann die Selbstdarstellung der CDU im Rahmen neuer Kommunikationsmethoden verbessert werden?

Die Kommission wird beauftragt, dem Bundesvorstand bis Ende Mai 2003 einen Bericht vorzulegen und dazu Analysen und Vorschläge aus Partei und Wissenschaft zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieses Berichtes wird der Bundesvorstand im Juni 2003 einen Antrag an den 17. Parteitag im Herbst 2003 vorlegen. Die antragsberechtigten Gliederungen sollen somit ausreichend Gelegenheit erhalten, den Antrag des Bundesvorstandes zu diskutieren und Änderungs- und Ergänzungsanträge einzubringen.

Mit diesem Beschluss setzt der Bundesvorstand der CDU Deutschlands auch den Beschluss F15 des 14. Parteitages 2001 in Dresden um.